



Indymedia Printausgabe

Sonderausgabe zum Protest- und Aktionstag

„Wir zahlen nicht für eure Krise!“

27.03.2009

aus Anlass des G20-Gipfel am 2. April 2009 in London

Indymedia - Plattform für unabhängige und selbstorganisierte Berichterstattung „from the streets“ - unter <http://de.indymedia.org>

Teilverbot für Route bei Krisendemo in Berlin

von lesender arbeiter 27.03.2009

In Berlin will die Polizei der Anti-Krisendemonstration am kommenden Samstag einen Teil der Route verbieten. Statt, wie von dem Demobündnis geplant am Gendarmenmarkt soll die Großdemo am Schiffbauerdamm enden.

Kommentar. Das Demobündnis hat mit Recht erklärt, dass das Verhalten der Polizei als Drohung gegenüber legitimen Protest gewertet werden kann. Während Millionen Menschen ihrer sozialen Sicherheit beraubt werden, sollen die Bürgerinnen und Bürger still halten. Ein solches Verhalten der Behörden verschärft des sozialen Sprengstoff."

Schon in der letzten Woche hieß es auf der Titelseite des Tagesspiegel „Linke Gewalt in Berlin - Da bräut sich was zusammen“. Der Redakteur Gerd Nowakowski versuchte mit angeblichen Polizeiinformationen die Antikrisendemo in die Nähe von Gewalt zu rücken. Nowakowski gehörte in den 80er Jahren in der TAZ zu einem Kreis von JournalistInnen, die sich als erklärte Feinde der damals starken autonomen Bewegung hervortaten, und schon damals vor Verleumdungen nicht zurückschreckten. Aber das polizeiliche Gewaltkonstrukt wurde auch auf der Pressekonferenz der Antikrisendemo am vergangenen Donnerstag von Journalisten des Berliner Kurier und des Fokus immer wieder aufgetischt. Kaum hatte eine Bündnissprecherin erklärt, dass es gar keinen Schwarzen Block geben wird, lautete die nächste Frage des Kurier-Reporters, „Und wie gehen Sie mit dem Schwarzen Block um?“ Es war offensichtlich, dass es nicht nur diesen Journalisten überhaupt nicht darum ging, die Inhalte der Demonstration in ihren Zeitungen zu vermitteln. Sie fragten nur nach Gewalt und dem Schwarzen Block.

Dabei ließ sich das Demobündnis teilweise aus dem Konzept bringen, indem ein Vertreter den kryptischen Satz formulierte: Wir brauchen uns vom Schwarzen Block nicht distanzieren, weil wir mit denen nichts zu tun haben?“ Wer mit "denen" gemeint ist blieb eben so rätselhaft, wie die Ablehnung einer Distanzierung, die dann gleich erfolgt. Dabei ist die ganze Debatte um Gewalt und Schwarzer Block eine vom Staat inszenierte Scheindebatte.

Blicken wir doch mal in unsere Nachbarländer, wo die Wut über die Krise schon viel größer ist als bei uns und auch schon Folgen hatte. So gab es in

Frankreich in den vergangenen Wochen mehrmals Streiks, bei denen Arbeiter ihre Bosse in der Fabrik eingeschlossen und bis zur Erfüllung bestimmter Forderungen festgehalten haben. Auch in anderen europäischen Nachbarländern gib und gab es solche und ähnliche Reaktionen.. Die europäischen Regierungen bereiten sich längst auf die Folgen einer durch die Krise erzeugte und verstärkte Wut der Massen vor. Einen guten Überblick darüber gibt ein Artikel mit dem Titel „Rezession und Repression“, der im Internetmagazin Telepolis erschienen ist. Dort wird detailliert berichtet wie sich die Regierungen europäischer Länder auf mögliche Unruhen und den Summer of rage vorbereiten. In diesem Kontext sollte auch das faktische Demoverbot für einen Teil der Route in Berlin begriffen werden. Es geht dabei nicht um den „Schwarzen Block“, der schon längst zum Klischee für eine angeblich militante Politik geworden ist. Es geht vielmehr darum, gar nicht erst zuzulassen, dass die von der Krise Betroffenen in die Nähe der Krisenprofiteure kommen

→ <http://de.indymedia.org/2009/03/245277.shtml>

Die Krise heisst Kapitalismus – Aktion zum 28.März

Soziale Kämpfe 25.03.2009

Aktion zur Mobilisierung für die Demo 'wir zahlen nicht für eure krise' (28. März) am Freitag, 21.März in Berlin.



Letzten Freitag mittag in der Friedrichstrasse. Ein blauer Übertragungswagen der ARD, eine Wanne. Dahinter: die Hertie School of Governance, eine private Elite-Hochschule. Dort drin: eine Podiumsdiskussion mit dem Titel "Der Staat und die Finanzmarktkrise", mit Vertretern von Bundesbank, Hypo Real Estate und des Finanzministeriums.

Etwa 50 Leute haben sich versammelt und vor dem Eingang ein Transparent entrollt mit der Aufschrift „Banken und Konzerne enteignen. Die Krise heißt Kapitalismus. Reichtum umverteilen!"

Auf Schildern heißt es „Kapitalismus abwracken!“ und natürlich: „Wir zahlen nicht für die Krise! Demo 28. März“. Zahlreiche Pressekameras klicken. Die Polizei findet's nicht so gut und verweist die Protestierenden auf die andere Straßenseite. Dort werden bei strahlendem Sonnenschein Demoaufrufe an die PassantInnen verteilt, während RTL filmt...

"Hier diskutieren diejenigen, die durch ihre neoliberale Politik der letzten Jahre mitverantwortlich für die Krise sind, darüber wie der Staat für sie die Profite sichern und die Verluste der Banken und Finanzmarktakteure auf die Gesellschaft abwälzen kann. Die Rechnung wird spätestens nach der Bundestagswahl präsentiert werden: Entlassungen, Kurzarbeit, und Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich.", erklärt Michael Prütz für das Berliner Bündnis "Wir zahlen nicht für eure Krise! Für eine solidarische Gesellschaft!" in einer Pressemitteilung.

Denn bei dieser Veranstaltung sitzen, so die Eigenwerbung, erstmals so illustre VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in einer Runde: die Ökonomin Beatrice Weder di Mauro (eine der sogenannten fünf neoliberalen Wirtschaftsweisen), Michael Endres (Aufsichtsratschef der Hypo Real Estate), CDU-Politiker Kurt Biedenkopf (aus dem Lenkungsausschuss des Bankenrettungsfonds Soffin) sowie der Bundesbankpräsident Axel Weber. Der sagt dann auch „Die Krise birgt auch eine Chance“. Was er meint: die Chance für einen neuen Kapitalismus, eine möglicherweise post-neoliberale Neu-Formatierung des Verhältnisses von Staat und Markt, um neue Regulierungen, um einen neuen Kapitalismus.

Das Bündnis 'Wir zahlen nicht für eure Krise' aus u.a. Gewerkschaften, antikapitalistischen Gruppen, Attac und der Linkspartei fordert, dass die Verursacher der Krise zur Kasse gebeten werden. "Die Politik der letzten Jahrzehnte hat soziale Ungleichheit verschärft und gesellschaftlichen Reichtum massiv privatisiert" erklärt Christina Kaindl für das Bündnis.

"Statt riesige Summen für die Rettung von Banken und Konzernen ohne grundlegende Veränderungen der Eigentumsverhältnisse auszugeben, muss jetzt eine radikale Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft vorangetrieben werden."

→ <http://de.indymedia.org/2009/03/245091.shtml>



+++ Alle Meldungen zusammengestellt aus <http://de.indymedia.org> +++

Seite 1

Diese Ausgabe ist gemacht zum Kopieren und Weiterverteilen!!! +++ Ausdrucken: Download pdf unter <http://de.indymedia.org/print> +++ V.i.S.d.P bei AutorIn des jeweiligen Artikels +++ indymedia übernimmt keine Gewähr und Haftung für die Inhalte. **Fight Copyright !!!**

Tent Cities: Die neuen Slums der USA

von Hanher 22.03.2009

Einige haben vielleicht von ihnen gehört, viele Menschen in Deutschland halten aber das Elend mit dem Zehntausende US-Amerikaner konfrontiert werden für undenkbar, weil die Medien das Thema und dessen Ausmaß weitestgehend ignorieren. Überall in den USA entstehen Tent Cities, Elendsquartiere wie wir sie sonst nur aus den ärmsten Ländern der Welt kennen.

Ganz neu sind diese Tent Cities nicht, seit dem Beginn der Rezession Ende 2007 nimmt die Quantität der Zeltstädte aber stark zu. Allein in Sacramento gibt es mittlerweile über Zwanzig. Zunehmend sind es auch immer mehr ehemalige Angehörige der "Mittelschicht" die innerhalb weniger Wochen nach ganz unten durchgereicht werden. Sie verlieren ihren Job, können deswegen ihre Raten für ihr Haus nicht mehr begleichen und landen dann in einem Zelt oder leben in ihrem Auto. Die Obdachlosenunterkünfte in den USA sind überall hoffnungslos überfüllt. Einige wenige der Tent Cities werden toleriert und werden dann zumindest mit Wasser und Nahrungsmitteln versorgt. Die meisten Obdachlosen-Camps sind aber harten Repressionen ausgesetzt, nicht nur, dass den Bewohnern die existenzielle Versorgung versagt bleibt, die Camps werden von der Polizei überfallen und zerstört. So wurde zum Beispiel in Nashville ein komplettes Camp von Bulldozern in den angrenzenden Cumberland River verfrachtet. Da bekommt das "Yes, we can" vom Showmaster Obama eine ganz andere Bedeutung. Yes, er kann es. Er kann Billionen Dollar in Wirtschaft und Banken pumpen und hat dabei weder einen Almosen, noch ein Mindestmaß an Respekt für die Bewohner der Tent Cities über.

Das Internet ist voller Gewalt gegen Obdachlose in den USA. Polizei und einige Jugendliche behandeln Obdachlose wie Freiwild. Generell scheinen die Cops in den USA außer Rand und Band zu sein. Fast Täglich gibt es Artikel über tötende Polizisten. Bei Youtube gibt es unglaublich viele Videos die barbarische Polizeigewalt dokumentieren.

Videostrecke, Fotos und mehr:

→ <http://de.indymedia.org/2009/03/244822.shtml>

Landenteignung in Salvador de Bahia, Brasilien

von silvia jura 23.03.2009

Am 20.3.2009 wurde der Fischer- und ArbeiterInnen-Community Vila Brandão in Brasilien ein Land-Enteignungsdekret zugestellt - die kleine, arme Gemeinde im Zentrum der Stadt, mit bestem Ausblick über die Bucht von Todos os Santos, seit den 1940er Jahren dort angesiedelt, soll geräumt und dem Erdboden gleich gemacht werden. Die Gemeinde formiert sich - wieder einmal - zum Widerstand.

Die 3 Millionen Metropole Salvador de Bahia - jahrzehntelang unter der absoluten Herrschaft eines lokalen Kolonels und Großgrundbesitzers, Antonio Carlos Magalhães - jetzt unter der Führung des

populistischen, patriarchal-evangelikalen Bürgermeister João Enriquer, brilliert wieder einmal mit absoluter Verachtung der Menschenrechte.

Die seit vielen Jahren geforderte - und auch durch internationale Organisationen unterstützte Kadastroierung des Grundbesitzes ist bis heute nicht durchgeführt - und das aus gutem Grund. Denn - wann immer es für Immobilienspekulation nötig ist, können Grundstücke enteignet oder umgewidmet werden. So geschieht es derzeit - oder zumindestens läuft der Versuch - mit Grundstücken in bester Lage, im Zentrum der Stadt: betroffen sind die Vila Brandão, sowie die umliegenden Territorien, die zum Teil dem Yachtclub, zum Teil Privaten zu zuordnen sind.

Die Vila Brandão ist eine kleine Gemeinde, oft als Favela bezeichnet, ungefähr zweihundert Häuser, dreihundertfünfzig Familien, im Zentrum der Stadt gelegen, direkt zu Füßen der Superreichen an den Hang geschmiegt. Einer der romantischsten Plätze von Salvador... mit dem großartigsten Blick über die Bucht de Todos os Santos und dem schönsten Sonnenuntergang!

In den späten 1940er Jahren wurde das damals brachliegende und wegen der Hanglage wertlose Land friedlich durch mehrere Familien besetzt, die bis heute noch dort leben. Der eigentliche Gründer war Seu Antonio, ein Maurer und Páe de Santo - ein Candomblé Priester, der in der naturnahen, mitten im Grünen und direkt am Meer gelegenen Gemeinde ein afro-brasilianisches Kulturzentrum aufbaute, das bis in die 90er Jahre aktiv war. Seu Antonio verstarb 2007 im Alter von 103 Jahren in seinem Haus in der Vila Brandão. Die (vorwiegend schwarzen) BewohnerInnen der Gemeinde lebten von der Fischerei, von Subsistenzlandwirtschaft und Tagelöhnerarbeit... ein Bild, das sich bis heute wenig verändert hat. Nur die Landwirtschaft hat aufgehört, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitslosigkeit nehmen zu. Die BewohnerInnen leben jedoch in Einklang mit der Natur, der enge Bezug zum Meer und zu einer prächtigen Wildfauna und Flora ist für eine Großstadt einzigartig.

Zu den ursprünglichen BewohnerInnen sind in den letzten Jahren ArbeiterInnen aus dem Landesinneren, einige KünstlerInnen, StudentInnen und sozial engagierte AusländerInnen dazu gekommen. Die Vila Brandão wuchs jedoch nur sehr langsam, weitere Landesbesetzungen waren unmöglich, da mit den Jahren das Interesse an dem unwegsamen Stück Land gestiegen war. Es gab immer wieder Territoriumskämpfe mit den - sehr mächtigen - Nachbarn, die das Land für sich zu beanspruchen begannen. So besetzte eine reiche kubanische Familie das Nachbargrundstück; auch der Yachtclub breitete sich immer weiter in das Gelände der Vila Brandão aus.

Traurige Höhepunkte bildeten die Kämpfe mit dem Yachtclub um den Meerzugang für die Fischer und um den Kinderspielplatz. Immobilienfirmen versuchen, schrittweise die Grundstücke von den BewohnerInnen abzukaufen. Doch den bisherigen Höhepunkt der Übernahmeveruche bildet das am 20.3.2009 publizierte Enteignungsdekret der Stadtregierung, das das gesamte Areal der Vila Brandão - incl. des umliegenden Grünlandes - betrifft.

Der Enteignungsankündigung sind kleinere politische Skandale vorausgegangen, die alle die

Erteilung und Nichterteilung von Baubewilligungen im betroffenen und angrenzenden Gebiet zum Inhalt hatten. Drei große Immobiliengesellschaften, darunter eine portugiesische Multinationale, die bereits den Großauftrag für den Hotel-Hilton Bau im historischen Stadtkern bekommen hat, versuchen seit mehreren Jahren, Luxushochhäuser im Gebiet zu errichten - und somit den letzten öffentlichen Zugang zum Meer in diesem Teil der Stadt zu unterbinden.

Rechtliche Grundlage für all diese Bauvorhaben bildet das, als letzter Tagesordnungspunkt, im Morgengrauen einer der ersten Stadtratsitzungen 2009 durchgepeitschte Bauordnungsdekret, das die Bebauung von Land in Meernähe mit Hochhäusern erlaubt! (Vorher war es per Gesetz verboten, in einem Umkreis von 500 Metern vom Strand Häuser mit mehr als vier Stöcken zu errichten). 2006 war es das Konsortium von INCOPAR & MRM, das versuchte, das Projekt Mansão Wildenberg durchzusetzen - ein 40 stöckiges Luxus-Hochhausprojekt auf dem "Largo da Vitoria", über der Vila Brandão, mit eigenem Peer und gleichzeitiger Schenkung eines öffentlichen Platzes an die Gemeinde. Undurchsichtige Bauverhandlungen, erteilte und wieder zurück gezogene Baubewilligungen, Umwelt- und Denkmalschutz-Argumente, alles wurde relativ willkürlich eingesetzt, schlußendlich wurde das Projekt gestoppt. Warum weiß niemand so genau.

Seit dem Sommer 2008 wird zwischen der etwas mysteriösen Immobilienfirma Marka und dem Yachtclub um ein Grundstück gestritten, das auf dem Papier 360m², nach erteilten Baugenehmigungen jedoch plötzlich 2.200m² umfasst. Das Grundstück, neben der Vila Brandão gelegen, ist seit 40 Jahren vom Yachtclub besetzt, wird von diesem gepflegt und Grundsteuer gezahlt. Die für das Apart-Hotel der Firma Marka erteilte Baubewilligung erwies sich als nicht ganz lupenrein, wurde sie doch noch vor der Antragsstellung- und -Einreichung ausgestellt! Peinlich für die Stadtverwaltung, die das Ganze wieder richten musste...

Gleichzeitig erscheint die portugiesische Firma Imocom (besagte Bauträgerin des Hilton Projektes), die bereits seit Jahren versucht, in der Vila Brandão Grundstücke aufzukaufen, und reklamiert plötzlich das gesamte brachliegende Areal plus die Vila Brandão plus Grundstücke des Yachtclubs plus Grundstücke der Mansão Wildenberg für sich - ein Total von 17.700m². Auf welchen Grundlagen auch immer! Dieser Anspruch wird durch das Enteignungsdekret begleitet.

Bereits am nächsten Tag zieht die Stadtregierung jedoch die Enteignungsdrohung zurück und formuliert sie in eine technische Maßnahme zum Schutz der Region um. Was das für die BewohnerInnen bedeutet ist bis jetzt noch nicht klar.

Vila Brandão ist ein Paradebeispiel für behördliche Willkür und fehlende Urbanisierungspolitik der Stadt Salvador. Versuchen doch die BewohnerInnen seit Jahren, in den öffentlichen Raum einbezogen zu werden - sie fordern schon lange öffentliche Straßenbeleuchtung, öffentliche Müllabfuhr und Reinigung, die Unterstützung der Privatinitiativen wie Kinderspielplatz oder Umweltprogramme. Vor allem aber verlangen sie schon lange die Eintragung ins Grundbuch, bezahlen doch die meisten schon seit vielen Jahren Grundsteuer (IPTU).

→ <http://de.indymedia.org/2009/03/244914.shtml>

Razzia bei Domaininhaber von wikileaks.de

von schockiert 25.03.2009

Weil auf Wikileaks die Filter-Listen der Internet-Zensur einiger Staaten aufgetaucht sind, fand am Dienstag in Dresden eine Durchsuchung gegen den Inhaber der Domain wikileaks.de wegen "Gefahr im Verzug" statt.

Wikileaks wurde ende 2006 nach eigenen Angaben von anonym bleibenden chinesischen Dissidenten, Journalisten, Mathematikern und Technikern von Unternehmen aus den USA, Taiwan, Europa, Australien und Südafrika gegründet, um geheime Informationen und Analysen zu veröffentlichen

In den letzten Wochen sind auf diversen Weblogs die geheimen Filterlisten skandinavischer Länder und Australiens veröffentlicht worden. Mit diesen Veröffentlichungen konnte belegt werden, daß ein großer Teil der gesperrten Seiten nichts mit "Kinderpornographie" oder "Terrorismus" zu tun haben wie von den Regierungsbehörden als Grund für die Internetzensur angeführt. Daraufhin wurden auch diese Weblogs auf die Zensurlisten gesetzt. Schliesslich wurden die Listen auch auf wikileaks gepostet.

In Deutschland wird Mittwoch auf Initiative des Bundesfamilienministeriums ebenfalls die Internet-Zensur mit einer geheimen Sperr-Liste beschlossen. In der Diskussion um die Liste wurde unlängst klar gestellt, daß es dabei gar nicht mehr nur um den offiziell propagierten Kampf gegen Kinder-pornographie geht. heise.de schreibt dazu: "In den abschließenden Verhandlungen mit dem Familienministerium in großer Runde ist laut Ansicht von eco-Vertretern ferner klar geworden, dass es den bislang beteiligten Ressorts einschließlich des Wirtschafts- und Innenministeriums nicht nur um die von Experten als wirkungslos erachteten Sperrungen im Bereich Kinderpornographie gehe. Von einer entsprechenden Beschränkung sei nicht mehr die Rede gewesen. Somit stünde die Tür offen für Blockadeforderungen etwa auch von Rechteinhabern im Kampf gegen Copyright-Verstößen im Netz oder von den Betreibern staatlich genehmigter Glücksspieleanbieter gegen die illegale Online-Konkurrenz."

Zyperis stellt weiter klar, es gehe um die Frage: "Wie können wir verhindern, dass deutsche Internetbenutzer auf ausländische Seiten gehen."

Am Vorabend der Verabschiedung der Zensurliste im Kabinett, wurde nun von der deutschen Polizei eine rechtlich fragwürdige Durchsuchung wegen "Gefahr im Verzug" beim Anmelde der Domain wikileaks.de durchgeführt.

Ergänzungen dazu von stop1984 :

Vor dem Hintergrund der Bundestagsdebatte um Internet-Sperren gab es in den vergangenen Wochen bereits mehrere Hausdurchsuchungen, u.a. bei einem Blogger, der auf einen Beitrag verlinkt hatte, welcher wiederum auf eine dänische Sperrliste verwies. Auch die Ermittlungen gegen den SPD-Medienexperten Jörg Tauss wegen Besitz von Kinderpornographie könnte den Zweck

gehabt haben, einen unbequemen Kritiker des Innenministeriums zum Schweigen zu bringen, wie telepolis berichtete. Im Thread des heise-Foren zum Hausdurchsuchung wikileaks.de erwähnt ein Kommentar dass Bundesjustizministerin Zyperis heute im Morgenmagazin den Versuch der Beschaffung und damit auch die kritische Beschäftigung mit den Sperrlisten als Straftat bezeichnet hat.

Die bekannt gewordenen Sperrlisten enthielten alle auch Domains von unbedenklichen, teils kritischen Webseiten. So wurde im Fall der finnischen Sperrliste u.a. Seiten der KP gesperrt, wie telepolis berichtete. Im Falle der australischen Liste sind laut heise-news keine kinderpornographischen Seiten enthalten.

Der Bundestag hat sich heute darauf geeinigt, möglichst schnell ein Gesetz zur Sperrung von Internet-Inhalten zu erlassen. Bis dahin will Familienministerin Ursula von der Leyen Internetprovider dazu bewegen, sich freiwillig zu Netzsperrungen zu verpflichten. Die Sperrlisten sollen vom BKA erstellt werden. Ähnliche Gesetze existieren bereits in den skandinavischen Ländern, Großbritannien, Italien, der Schweiz und Neuseeland. Auch soll auf eine entsprechende EU-weite Regelung gedrängt werden.

Die durchgesickerten Sperrlisten belegen, dass es bei den Zensurbestrebungen nicht darum geht, der Verbreitung von Kinderpornographie entgegenzutreten, sondern staatlichen Organen einen legalen und kaum zu kontrollierenden Rahmen für die Sperrung mißliebiger Inhalte jeglicher Art zu schaffen.

→ <http://de.indymedia.org/2009/03/245078.shtml>

Dresden: Solidarität mit wikileaks.de

von addn.me 25.03.2009

Am 25. März trafen sich zirka 50 Menschen um für Presse- und Meinungsfreiheit zu demonstrieren. Die Piratenpartei Sachsen hatte unter dem Motto "Für Freiheit - Gegen Tyrannei und Zensur" eine Kundgebung vor dem Polizeirevier in der Schießgasse angemeldet.



Anlass war eine Hausdurchsuchung in Dresden und Jena beim Domain-Inhaber der Webseite wikileaks.de. Auf dieser wurden geheime Zensurlisten für Internetseiten veröffentlicht, die in Australien und Thailand kinderpornographische Inhalte filtern und blockieren sollen.

In den Augen von Datenschützern ist dies jedoch der falsche Weg, weil es immer Wege und Mittel gibt um diese Inhalte zu verbreiten bzw. anzubieten. Der Chaos Computer Club Dresden (C3D2) äußerte sich ebenfalls kritisch zu der

Vorgehensweise der sächsischen und thüringischen Beamten: "Hier werden nicht die Ursachen für Kinderpornografie aus dem Weg geräumt, sondern Aktivisten für Datenschutz kriminalisiert und die Presse- und Meinungsfreiheit stark eingeschränkt", so Franziska Nord vom C3D2.

In Redebeiträgen wurde klar gemacht, dass mit einer freiheitlich demokratischen Grundordnung solche Vorgehensweisen nicht zu vereinen seien. Dass dieses Verhalten jedoch eher der Regel entspricht, stellte eine Aktivistin aus der Autonomen Linken dar. Sie sprach über die Repression, mit der sich eine friedliche antifaschistische Gegendemonstration am 14. Februar auseinandersetzen musste. Unter dem Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken waren die DemonstrationsteilnehmerInnen daran gehindert wurden, zu ihrem Demonstrationsendplatz zu gelangen (addn berichtete). Dabei wurden zahlreiche Menschen verletzt.

Das Anliegen, Internetseiten mit kinderpornographischen Inhalten zu sperren, ist auch in Deutschland Gegenstand der öffentlichen Debatte um Kindesmissbrauch. Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) zählt im Bundestag zu den stärksten Befürworterinnen so genannter Zensurlisten. Dass solche Listen auch dafür genutzt werden könnten, um unliebsame Webinhalte zu blockieren, zeigt ein Beispiel in Finnland. Hier landeten unter dem Vorwand Kinderporno-Webseiten zu sperren, auch zahlreiche Webseiten auf der Liste, die sich mit völlig legalen Inhalten beschäftigen. Das ist möglich und problematisch, da diese Zensurlisten geheim sind und nicht eingesehen werden können. Ein staatlicher Missbrauch solcher Listen ist somit auch in Deutschland nicht auszuschließen.

→ <http://de.indymedia.org/2009/03/245137.shtml>

Polizei kündigt unterdrückende Massnahmen an

von Emil Blume 27.03.2009

Die Wuppertaler Polizei kündigt unterdrückende Maßnahmen gegen Jugendliche an. Im Rahmen des Projektes U25 sollen Jugendliche verstärkt repressiven Kontrollen unterzogen werden.

Zum Wuppertaler Konzept des Jugendschutzes gehört nicht nur das Training von Mitarbeitern des Ordnungsamtes in Angriffstechniken gegen Jugendliche, sondern auch die verstärkte Kontrolle von Jugendlichen durch die Polizei. Wie Kriminaldirektor Andreas Dickel in der heutigen Ausgabe der Lokalzeitung WZ verspricht: "Wir werden auch verstärkt repressive Kontrollen durchführen".

→ <http://de.indymedia.org/2009/03/245280.shtml>

don't hate the media - become the media



selbermachen statt konsumieren!!!

Sicherheitszone NATO-Gipfel: Vorbereitungen

von Red. So Oder So 27.03.2009

Nur noch wenige Tage bis zum NATO-Gipfel. Auch in dieser Ausgabe der Pressezusammenfassung geht es um die Vorbereitungen auf den Nato-Gipfel dies- und jenseits des Rheins. Ein Fortsetzungsroman, dessen 1. Teil (Von Schutzglocken, Tornados und Lunchpaketen) am 05.02.09 und dessen 2. Teil (Von Roten, Gelben und anderen Zonen des permanent-temporären Ausnahmezustands) am 06.03.09 bei indymedia erschien. Obwohl es sicher viele Wiederholungen gibt, macht es Sinn, auf sie zurückzugreifen, weil wir angesichts der Fülle an Informationen zumindest versuchten, bereits notiertes nicht erneut anzuführen.

Nur noch wenige Tage bis zum NATO-Gipfel. Am 3. und 4. April feiern die Mitgliedstaaten das 60-jährige Bestehen des Militärbündnisses. Erstmals findet ein solches Treffen in zwei Ländern statt - in Deutschland und Frankreich. Es beginnt mit einem Arbeitsdinner der Chefs plus nachfolgendem Opernbesuch in Baden-Baden. Am zweiten Tag gibt es einen Fototermin auf der Mimram-Rheinbrücke bei Kehl und dann die eigentliche Nato-Tagung in Strasbourg. Spätestens dort geht es um andere Dinge: Angesichts von Weltwirtschaftskrise und unsicheren politischen Verhältnissen wird die NATO auch mit 60 nicht in Rente geschickt, sondern an die nächste Front: der Krieg in Afghanistan soll eskaliert, die Piratenjagd forciert und eine Politik neokolonialer Ausnahmezustandszonen etabliert werden.

Merkel will, wie sie in ihrer Regierungserklärung mitteilte, „Einsätze außerhalb des Bündnisgebietes“, aber nicht Staaten rund um den Globus als Mitglieder dabei haben, während im Bundestag „No to Nato“ demonstriert wurde. Ob in Baden-Baden oder Strasbourg versuchen Behörden, Polizei und Geheimdienste unseren Protest aus den Gipfelzonen herauszudrängen und unsichtbar an den Stadtrand zu drängen. Aber das machen wir nicht mit. Obwohl bis heute keine Demonstrationsroute in die Strasbourger Innenstadt zum Nato-Gipfel genehmigt wird, werden wir trotzdem demonstrieren. Obwohl der Präfekt den Strasbourger/innen die Pace-Fahnen untersagen will, werden sie im ganzen Land hängen.

→ <http://de.indymedia.org/2009/03/245279.shtml>

Make NATO History

von Autonomes Medienkollektiv Freiburg

Am 3. und 4. April findet in Strasbourg und Baden-Baden ein Gipfeltreffen der NATO-Staaten aus Anlass des 60-jährigen Bestehens der Allianz statt. Mit breitem Widerstand und vielfältigen Aktionen von Friedensbewegung, über Gewerkschaften bis hin zur außerparlamentarischen radikalen Linken ist zu rechnen...

Indymedia-linksunten wird die Proteste medial begleiten und versucht hier die Informationen rund um den NATO Gipfel strukturiert zu präsentieren.

→ <http://linksunten.indymedia.org/de/node/1546>

Köln: Caritas-Party gestört

von Kea 27.03.2009

Unter dem Motto „Armut hat viele Gesichter“ lud der Caritas-Verband Köln Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Kirche zum Frühjahrsempfang. Erwerbslose wurden freilich nicht eingeladen, aber der Geruch des feinen Buffets mit Sekt und Häppchen lockte dennoch knapp 30 Engagierte aus dem Spektrum der 'Zahltag!'-Kampagne zum Fest.

Der Ort im Schatten des Kölner Doms konnte besser nicht sein, um seitens der Demonstranten die Heuchelei des Caritas-Verbandes anzugreifen und öffentlich zu machen. Drei Security-Männer mussten ihre Stellung innerhalb der Eingangsschleuse hoffnungslos verloren geben, als der Großteil der protestierenden Meute geballt in die sehr gut besuchte Veranstaltung drängte. Andere verkleideten draußen den verglasten Saal mit Transparenten und verteilten Flyer an viele neugierige Passanten. Ausgerechnet der Caritas-Verband der katholisch-en Kirche, der mit am Tisch saß, als sowohl die zentralen Gewerkschaften, als auch der Parität-ische und die Diakonie gemeinsam mit SPD und Grünen die Hartz-Gesetze durchgewunken hatten, maßt sich nun an, in edlem Ambiente über Armut in unserer Gesellschaft zu jammern. Ausgerechnet der Caritas-Verband, der im Beschäftigungssektor so genannter 1-Euro-JobberInnen als Gigant bezeichnet werden darf, will nun klagen darüber, dass er „leider“ zu viele Tafeln betreiben muss und „leider“ immer weniger Lohn seinen MitarbeiterInnen zahlen kann. Ausgerechnet Caritas, die bei HartzIV ganz dick im Geschäft sind, geriert sich nun als Stimme der Armen, die sie anlässlich der heutigen Aktion wohl lieber verdammt.

„GEH DOCH NACH CUBA!“

Die meisten Gutmenschen, muss man fairer Weise sagen, wendeten sich angewidert ab, als sich einer ihrer Kollegen nicht zu blöde und schade war, „Geh doch nach Cuba!“ zu rufen, während ein offenbar ungebeter Gast die Bühne enterte, um den Anwesenden verbal den Spiegel vor's Gesicht zu halten. Dies zeigt ja womöglich auch die innere Zerrissenheit zwischen christlicher Nächstenliebe und knallharter Ausbeutung. Freilich bediente man sich fleißig am Buffet (die AktivistInnen hatten diesbezüglich entsprechende Lebensmittelgutscheine parat), wobei es seitens der Caritas strategisch gar nicht unklug schien, die Demonstration als geduldeten Faktor der Veranstaltung zu integrieren. Aber irgendetwas ist dann doch schief gelaufen. Nach knapp einer Stunde rief Caritas dann doch noch die Polizei und es war zunächst ein einzelner Streifenpolizist, der offenbar eine Frau zur erkennungsdienstlichen Behandlung mitnehmen wollte und dabei die Nerven verlor. Während er die Frau am Arm festhielt, rief er doch glatt ins Sprechfunkgerät: „Ich werde gerade angegriffen.“ Dies hatte natürlich zur Folge, dass sich binnen weniger Minuten mindestens zehn Streifenwagen mit Blaulicht und Martinshorn auf dem Domplatz tummelten und der Aktion zu ungeahntem Interesse verhalf. (Der später überfliegende Polizeihubschrauber mag

Zufall gewesen sein, aber wer weiß ...)

Parallel hierzu geschah eine Situation, die beinahe unglaublich erschien. Ein Mann, der nichts, aber auch gar nichts machte, wurde unverhofft von einem Zivilpolizisten angegriffen und festgehalten. Der Mann leistete keine Gegenwehr. Hiernach jedoch wollten zwei uniformierte Polizisten dem Zivi EINREDEN, dass dies doch „Widerstand mit Körperverletzung gewesen sein könnte“ (sinngemäß abstrahiert; Originalwortlaut ist im Gedächtnisprotokoll). Der Zivi jedoch wiegelte ab und betonte, dass es so nicht gewesen sei. Falls dennoch dem Betroffenen irgendetwas untergejubelt werden soll, möge dieser sich bitte an 'Die KEAs e.V.' wenden, da sich mehrere Zeugen zu dem Vorfall meldeten. Angesichts dieses möglichen Manipulationsversuches erscheint nunmehr auch der vorherige Vorgang in einem anderen Licht. (Da hält ein Polizist eine Frau am Arm und ruft: "Ich werde angegriffen.")

Die Polizisten mussten sich letztlich gegenseitig beruhigen, als sie begriffen, dass sie gerade total überdrehten. Der Polizeieinsatz, aber auch die Präsenz und nervenden Störungen der kritische Aktivistinnen in und vor dem Veranstaltungssaal sorgte während des gesamten Verlaufs für eine spürbar unangenehme Beklemmung und Anspannung. „Frühjahrsempfang der Caritas in Köln“, ... das ging in die Hose!

→ <http://de.indymedia.org/2009/03/245302.shtml>

Indymedia selber machen

Wenn du Interesse daran hast, innerhalb indymedias selbst aktiv zu werden ist das überhaupt kein Problem - wenn du nur weißt, wohin du dich wenden musst. Deshalb hier eine Erklärung, was du bei indy alles machen kannst.

Indymedia.de versteht sich als ein multimediales Netzwerk unabhängiger und alternativer Medien, MedienmacherInnen, Einzelpersonen und Gruppen. Es bietet offene, nichtkommerzielle Berichterstattung sowie Hintergrundinformationen zu aktuellen sozialen und politischen Themen. Bereits bestehende alternative Strukturen sollen dadurch in ihrer Arbeit unterstützt werden. Das Projekt ist selbst wiederum Teil der internationalen Medienvernetzung indymedia.

Die Koordination/Planung/Arbeit läuft bei indymedia überwiegend über Mailinglisten. Diese sind in unterschiedliche Themen/Bereiche aufgeteilt, die dort besprochen und bearbeitet werden. Die Links hinter den Themen führen zu den Seiten auf denen du dich für die Mailinglisten eintragen kannst. Auf dieser Eintragungssseite befindet sich jeweils auch ein Link ins Listenarchiv. Da kannst du bei Interesse auch nachlesen, was auf den jeweiligen Listen besprochen wird.

<http://de.indymedia.org/static/ms.shtml>

<http://de.indymedia.org/static/mitmachen.shtml>

